

Der indonesische Demokratisierungsprozess Eine Zwischenbilanz

Christoph Schuck

Als im Mai 1998 der Diktator SUHARTO von seinem Amt als Präsident Indonesiens zurücktrat, war der erste schwierige Schritt des Etablierens eines demokratischen Staatssystems im viertgrößten Land der Erde vollzogen. Allein in der Hauptstadt Jakarta waren bis zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als tausend Menschen, darunter vor allem gegen das autoritäre Regime demonstrierende Studenten, unter bürgerkriegsähnlichen Zuständen ums Leben gekommen. Von „Frieden“ konnte zunächst keinesfalls die Rede sein, auch nicht in den darauffolgenden Monaten - es blieb, wie bei so vielen Transitionsprozessen, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Vier Jahre nach Beginn der eigentlichen Demokratisierung erscheint es nun an der Zeit, eine erste Zwischenbilanz über die Entwicklungen zu erarbeiten und festzustellen, wo sich Indonesien gerade auf seinem Weg zur Demokratie befindet - und dies ist die Fragestellung meines Promotionsprojektes.

Den vorliegenden Beitrag möchte ich in diesem Zusammenhang in insgesamt drei Teile untergliedern, von denen zwei methodischer und einer ergebnisorientierter Natur sind: (1) Die Rahmenbedingungen meiner Untersuchungen, (2) die wissenschaftsmethodische Vorgehensweise sowie (3) einige Anmerkungen zum Verlauf des Demokratisierungsprozesses.

Die Rahmenbedingungen

Das von mir bearbeitete Promotionsprojekt ist Teil der auf Indonesien fokussierten Forschungsaktivitäten von Prof. Dr. REIMUND SEIDELMANN des Institutes für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen. In diesem Rahmen wurden bereits und werden zur

Zeit verschiedene Dissertationen angefertigt; die Untersuchungsschwerpunkte sind dabei so aufeinander abgestimmt, dass sie sich bestmöglich ergänzen und in absehbarer Zukunft ein umfassendes Bild von historisch und gegenwärtig relevanten Entwicklungen in Indonesien aufzeigen werden. So schließen beispielsweise meine Untersuchungen unter chronologischen Gesichtspunkten an eine Diss. über Ursachen und Verlauf des Zusammenbruchs des autokratischen Systems unter SUHARTO an und werden durch parallel verlaufende Promotionsprojekte über die seit einigen Jahren stattfindenden vertikalen Demokratisierungsbemühungen (Dezentralisierung) sowie über den aufkeimenden indonesischen Nationalismus ergänzt.

Im Hinblick auf die Rahmenbedingungen müssen zweifelsfrei auch der auf der einen Seite stattfindende interdisziplinäre Austausch mit dem geographischen Institut der Universität Gießen (Prof. Dr. ULRICH SCHOLZ mit dem anthropogeographischen Forschungsschwerpunkt Indonesien) sowie die enge und vom DAAD geförderte Kooperation mit der Katholischen Universität in Bandung (Indonesien) Erwähnung finden, die sich jetzt schon seit einigen Jahren bewährt. In diesem Zusammenhang findet sowohl auf studentischer Ebene als auch auf der von Wissenschaftlern und Dozenten ein regelmäßiger Austausch statt; Forschungsprojekte werden gemeinsam koordiniert und durchgeführt. Auch unterstützen sich die Partner gegenseitig bei der Bewältigung organisatorischer Hürden (Aufenthaltsgenehmigungen, Visa, etc.) - ein bezüglich der vorherrschenden Bürokratie in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzender Faktor.

Vorgehensweise

Wie bei wissenschaftlichen Abhandlungen üblich, wird auch in meiner Dissertation zunächst theorieorientiert der gegenwärtige Stand der Systemwandelforschung widergespiegelt und um das indonesische Fallbeispiel ergänzt. In diesem Zusammenhang leiten sich verschiedene Fragestellungen ab, beispielsweise, inwieweit sich die bisherigen Erkenntnisse überhaupt auf Indonesien beziehen lassen (gibt es eine asiatische Sonderform der Demokratie?), oder ob die in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mittlerweile verbreitete Zugrundelegung der *Good Governance*-Komponente als Konditionalität für finanzielle und technische Unterstützung im indonesischen Fall überhaupt berechtigt ist (Demokratisierungskonzepte zwischen Universalismus und Partikularismus). Dazu, und das möchte ich unterstreichen, ist es von elementarer Bedeutung, auf die im Vergleich zur abendländischen Kultur doch sehr differierenden indonesischen bzw. javanischen Auffassungen einzugehen. Ohne die Berücksichtigung eines solchen Sachverhaltes ist eine adäquate Analyse politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in Indonesien undenkbar.

Nachdem im folgenden der bisherige Verlauf des Demokratisierungsprozesses dargestellt und bewertet wird, beginnt mit der Analyse verschiedener im Hinblick auf eine stattfindende Demokratisierung relevanter Komponenten der eigentliche Schwerpunkt der Untersuchungen. In Anlehnung an Transitionsforscher wie MERKEL oder LAUTH und unter der Berücksichtigung der im theorieorientierten Teil gewonnenen Erkenntnisse, wird der Versuch unternommen, an insgesamt vier verschiedenen

Die neue Präsidentin Megawati

Ebenen den Grad des Demokratisierungsfortschrittes der bis jetzt vier Jahre andauernden Entwicklung in Indonesien zu erfassen. Die hier angesprochene Unterteilung begründet sich vor allem in der chronologischen Abfolge von Konsolidierungsstrukturen (die Ebenen bauen sozusagen zeitlich und inhaltlich aufeinander



Quelle: Südostasien 1/2000. S. 63.

auf). So kann nach den empirisch orientierten Ansätzen von MERKEL (1999) davon ausgegangen werden, zunächst konsolidiere sich das politische Verwaltungssystem (Gewaltenteilung, Wahlsystem, Verfassung), dann die Parteien und Interessenverbände. Erst später könne mit einer Verhaltenskonsolidierung (beispielsweise des Militärs) gerechnet werden. Der Systemwandel sei erst dann erfolgreich abgeschlossen, wenn sich auch die Bürgerschaft selbst aus einem demokratischen Blickwinkel gefestigt habe.

Da eine umfassende und repräsentative empirische Analyse im Hinblick auf die begrenzten zeitlichen und finanziellen Ressourcen und insbesondere auch wegen der Heterogenität der indonesischen Bevölkerung nicht durchführbar ist, wird auf eine solche Untersuchungsform verzichtet werden müssen. Stattdessen werden der notwendigen Demokratisierungsanalyse verschiedene Bewertungen spezifischer Ereignisse zugrundegelegt, wie beispielsweise der Verlauf von Wahlen, das (noch immer gespannte) Verhältnis zwischen Präsident und Parlament, parteipolitische Vergangenheitsaufarbeitung (GOLKAR) oder das Verhalten der indonesischen Sicherheitskräfte (ABRI). Neben intensiven, auch indonesische Originalquellen umfassenden, Literaturstudien vor Ort werden die re-

levanten Entwicklungen regelmäßig mit unseren indonesischen Partnern der Universität Bandung diskutiert und analysiert. Darüber hinaus sind auch Interviews mit einflussreichen Politikern, Ökonomen und Wissenschaftlern vorgesehen.

Anmerkungen zum Demokratisierungsprozess

Im Juli des Jahres 2001 spitzte sich der Konflikt zwischen dem damaligen Präsidenten WAHID und der Mehrheit der Volksversammlung (MPR) derart zu, dass nicht wenige mit einem bevorstehenden Bürgerkrieg rechneten. Es wurde keinesfalls ohne Grund befürchtet, die sich gegenüberstehenden politischen Gruppierungen könnten innerhalb kurzer Zeit ihre zum Teil militante Anhängerschaft mobilisieren. So erklärte WAHID, dem vom Parlament die Verwicklung in zwei Korruptionsaffären größeren Ausmaßes vorgeworfen wurde, in Anbetracht seiner immer wahrscheinlicher werdenden Absetzung, er werde seine Unterstützer auffordern, die Amtsenthebung zu unterbinden und unterschied sich damit in seiner Verhaltensweise kaum mehr von seinen diktatorischen Vorgängern. „I have many follower“, drohte der Präsident in die-

Ex-Präsident Gus Dur



Quelle: Südostasien 1/2000. S. 63.

sem Zusammenhang in der *Jakarta Post*, „such as students, NU [Nahdlatul Ulama] members and people in ... West and East Java and Sulawesi.“ (JP Vol. 019, No. 085).

Bei aller notwendigen Skepsis über das undemokratische Verhalten Wahids zeigte der Verlauf, vor allem aber auch das Ergebnis dieser Auseinandersetzung, dass sich der indonesische Demokratisierungsprozess keinesfalls in einer Sackgasse befindet. Als durchaus positiv ist zunächst zu werten, dass es trotz vieler Befürchtungen letztlich nicht zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam, sondern die Amtsenthebung weitestgehend friedlich verlief. Aber auch ein weiterer Punkt scheint hier von Bedeutung zu sein: Entgegen der primär in Indonesien überaus verbreiteten Auffassung, der Konflikt sei ein weiterer unproduktiver und vor allem überflüssiger Machtkampf der politischen Elite des Landes, ist wohl vielmehr davon auszugehen, dass es sich dabei um eine in jeder Demokratie notwendige politische Auseinandersetzung handelte. Wenn der Präsident eines Landes in Korruptionsaffären verwickelt ist, ist es selbstverständlich Aufgabe des Parlamentes, diese Vorgänge zu beleuchten und entsprechende Konsequenzen zu ziehen – ein

besonderes Lob ist hier übrigens auch den indonesischen Medien auszustellen, die differenziert, objektiv und umfassend über die Ereignisse berichteten. Dass die parlamentarischen Aktivitäten gegen WAHID sicherlich auch durch machtpolitische Ambitionen einzelner Parteien und Politiker verstärkt wurden, ist unter normativen Gesichtspunkten zu bedauern, im Hinblick auf andere Staaten, hier kann durchaus auf die gefestigten europäischen Demokratien verwiesen werden, jedoch keineswegs außergewöhnlich.

Vier Jahre nach dem Zusammenbruch von SUHARTOS *Orde Baru* zeichnen sich also durchaus erste Anzeichen einer positiven Konsolidierung ab, es wird zum wesentlichen Teil Aufgabe der seit dem 23. Juli 2001 amtierenden Übergangspräsidentin MEGAWATI und deren Kabinett sein, diese Entwicklung fortzusetzen. Wie sich gegenwärtig zeigt, eine recht diffizile Aufgabe. Trotz der mit MEGAWATIS Präsidentschaft zunächst einhergehenden Euphorie im In- und Ausland, der Gewährleistung neuer Kredite durch den IWF, dem signifikanten Anstieg der indonesischen Rupiah, dem vor allem im Hinblick auf ökonomische Komponenten als „professionell“ eingestuften Kabinett und den Äußerungen MEGAWATIS selbst, den Demokratisierungsprozess zu beschleunigen und die Korruption zu bekämpfen (nach einer Parlamentsuntersuchung gehen nahezu 40% der für die Regionen bestimmten Staatsgelder durch Korruption verloren), verstärkt sich gegenwärtig das Gefühl einer gewissen Ernüchterung. Dieses bezieht sich auch - und das sei hier nur stellvertretend angesprochen - auf das Ausbleiben ernsthafter und ambitionierter Lösungsbemühungen der regionalen, vielfach militant ausgetragenen Konflikte (Aceh, in Teilen von Kalimantan, Sulawesi, Irian Jaya

oder den Molukken).

In Anbetracht der in diesem Themenbereich starren und kompromißlosen Position der indonesischen Regierung - MEGAWATI selbst stufte die Erhaltung nationaler (territorialer) Einheit auch im Vergleich zu ökonomischen Fragen als wichtiger ein (JP, Vol. 19, No. 108) - ist von einer friedlichen Regulierung solcher regionaler Brennpunkte auch in nächster Zeit kaum auszugehen. Erklärungen für den bis auf wenige Ausnahmen parteiübergreifenden Konsens des hohen Stellenwerts stark unitaristisch geprägter Positionen mögen durchaus nachvollziehbar im gewachsenen indonesischen bzw. javanischen Kulturverständnis liegen - „*Unity is in itself a central symbol of power, ... oneness is power and multiplicity is weakness*“, schreibt hierzu ANDERSON (1990) in seinen Abhandlungen über die politische Kultur Indonesiens - ob das jedoch als Argument ausreicht, sämtliche Formen von Dezentralisierung oder regionaler Autonomie als Bestandteil von Konfliktbewältigungsstrategien grundsätzlich abzulehnen, wird vielfach und nicht ohne Berechtigung angezweifelt.

Ob die Regierung unter MEGAWATI zu den erhofften und von ihr geforderten Verbesserungen im Bereich der indonesischen Ökonomie beitragen kann, bleibt abzuwarten. MEGAWATI selbst betonte in ihrer Neujahrsansprache, man könne bereits „*early signs of success*“ (JP, 01.01.02) vermerken. „*We have finally achieved political stability*“, ergänzt sie und hat damit sicherlich auch Recht - im Vergleich zu den ersten sechs oder sieben Monaten des Jahres 2001. Positive Urteile über die Stabilität der gegenwärtigen Regierung ohne einen solchen Bezugspunkt sollten allerdings nur mit Bedacht gefällt werden, schließlich drohte erst kürzlich die Partei GOLKAR (die ehemalige Regierungs- und Verwal-

tungsorganisation SUHARTOS, die noch immer über einen bemerkenswerten Einfluß und die zweitmeisten Sitze im Parlament verfügt) damit, Megawati das Vertrauen zu entziehen und ihre Regierung so zu stürzen. Die Partei der Präsidentin, so die Begründung, unterstütze Untersuchungen gegen den Vorsitzenden von GOLKAR, AKBAR TANDJUNG, der verdächtigt wird, in Korruptionsaffären verwickelt zu sein.

Ereignisse wie die geschilderten unterstreichen, wie diffizil sich die erfolgreiche Bewältigung einer Systemtransition darstellt. Viele Bemühungen, seien es die von Politikern, den Parteien, den Unternehmern, aber auch dem Militär (das seine Entpolitisierung im Laufe des Prozesses akzeptieren muß) und der indonesischen Bevölkerung, die in einer konsolidierten Demokratie als Rückgrat des Systems fungiert, müssen in letzter Konsequenz dazu führen, daß all diese Gesellschaftsteile keine Alternative zur Demokratie erkennen und auch bei entstehenden persönlichen Nachteilen, wie dem Machtverlust nach einer verlorenen Wahl, die demokratische Systematik akzeptieren. Daß dieser Zielpunkt nach vier Jahren noch nicht umfassend erreicht ist, sollte - und das kann als Fazit dieses Beitrages gewertet werden - keineswegs beunruhigen. Ein Systemwandel ist ein langwieriger Prozeß und erst die kommenden Jahre werden Aufschluß darüber geben, ob er erfolgreich zu Ende geführt wird. Die entscheidende Komponente wird dazu die Kontinuität der Demokratisierungsbemühungen sein oder, um mit den Worten THEODOR FONTANES zu sprechen: *Courage ist gut, aber Ausdauer ist besser.*

Literatur:

ANDERSON, B. (1990): *Language and Power. Exploring Political Cultures in Indonesia*; Ithaca + London.

Jakarta Post, verschiedene Ausgaben von 2001/02.

LAUTH, H. J.; MERKEL, W. (Hg.) (1997): *Zivilgesellschaft im Transformationsprozess*; Mainz

MERKEL, W. (1999): *Systemtransformation*; Opladen.

Christoph Schuck [christoph.m.j.schuck@web.de] ist Dipl.-Sozialwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Entwicklungsländerforschung. Seit Mai 2001 promoviert er am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen über die indonesische Systemtransition.